

Sozialmaßnahmen im Budget 

Wohnungsnot wird zur größten Zerreißprobe für die Regierung

Das Budget 2025 sieht eine Reihe an Maßnahmen im Kampf gegen die Armut vor. Wo es trotzdem noch hakt, wissen Soziallmter und die Stmm vun der Strooss.



Die von Finanzminister Gilles Roth (CSV) angekündigten Maßnahmen werden im Sozialsektor positiv aufgenommen. Sie reichen aber nicht aus, um die Ursachen der Prekarität wirksam zu bekämpfen. Foto: LW-Archiv / Montage: LW



Simone Molitor
Redakteurin



11.10.2024

„D’Aarmutsbekmpfung ass eng absolut Priorität“, sagte [Finanzminister Gilles Roth \(CSV\) am Mittwoch in seiner Budgetrede](#) und bekräftigte die soziale Komponente des Staatshaushalts. „Düse Budget sterkt eise sozialen Zesammenhalt an eise soziale Fridden. Mat enger resolutter Bekämpfung vun der Armut“, betonte er. Damit soll das Versprechen der Regierung eingelöst werden, das Premier Luc Frieden (CSV) seit den Koalitionsverhandlungen wiederholt hat.

Lesen Sie auch: **Wie Gilles Roth den Haushalt mit Tabakakzisen saniert**

Gehen die angekündigten Maßnahmen weit genug? Reichen sie aus, um die Armut in Luxemburg wirksam zu bekämpfen? Das „Luxemburger Wort“ hat sich den Haushaltsplan genauer angesehen und auch bei der Stmm vun der Strooss und der Entente des Offices sociaux nachgefragt.



Aufstockung der Finanzhilfen wird positiv bewertet

Erhöhung der Teuerungszulage und der Energieprmie, Steuerbefreiung des Mindestlohns für unqualifizierte Beschäftigte, steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden: „Es geht in die richtige Richtung“, sind sich Ginette Jones und André Dübbers einig. „Die Menschen spüren das direkt im Portemonnaie“, sagt die Präsidentin der Entente des Offices sociaux. Auch für die Arbeit in den Sozialämtern ergeben sich dadurch positive Effekte: „Wenn die Hilfen erhöht werden, müssen wir weniger Sozialleistungen auszahlen, gewinnen demnach Zeit, und unsere Mitarbeiter können sich wirklich auf die Armut selbst konzentrieren, also die Betroffenen besser unterstützen.“

Lesen Sie auch: **„Neue Arme“: Immer mehr Arbeitnehmer ohne Geld für Essen und Kleidung**

„Die Zahl der Mahlzeiten, die wir in unseren Restaurants an Bedürftige ausgeben, nimmt ständig zu.“

André Dübbers

Präsident der Stmm vun der Strooss

ADVERTISING

Muller Pneu - Sponsored

Praktische Kunden-App bei Muller Pneu

[Mehr erfahren](#) >

Muller Pneu - Sponsored

Praktische Kunden-App bei Muller Pneu

[Mehr erfahren](#) >

Dringender Handlungsbedarf bestehe in vielerlei Hinsicht, sagen beide. Die Prekarität nehme zu, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen steige, das merke man auch in den eigenen Einrichtungen. „Die Zahl der Mahlzeiten, die wir in unseren Restaurants an Bedürftige ausgeben, nimmt ständig zu. In Ettelbrück, wo wir vor zwei Jahren mit 70 Mahlzeiten pro Tag angefangen haben, sind wir jetzt bei 120“, berichtet der Präsident der Stëmm vun der Strooss. Die Kundschaft habe sich ebenfalls verändert. Früher seien es nur Obdachlose oder Suchtkranke gewesen, heute kämen auch Flüchtlinge und „einfach Menschen, die am Ende des Monats nicht über die Runden kommen“.



„Wir bekämpfen meist nur die Symptome und nicht die Ursachen, laufen also der Entwicklung hinterher“, sagt André Dübbers, Präsident der Stëmm vun der Strooss. Foto: Gilles Kayser

„Wir bekämpfen meist nur die Symptome und nicht die Ursachen, laufen also der Entwicklung hinterher. Wenn die Maßnahmen, die jetzt angekündigt wurden, tatsächlich alle in die Tat umgesetzt werden, bin ich einigermaßen optimistisch, dass sich die Dinge wenigstens teilweise zum Besseren wenden“, sagt André Dübbers, der sich aber auch ein gesellschaftliches Umdenken wünscht. Wenn es darum gehe, neue Strukturen im Land zu eröffnen, fehle es nicht selten an der Bereitschaft der Bevölkerung. „Kleinkriminalität, Drogenhandel und Menschen in prekären Lebenslagen werden oft in einen Topf geworfen [und für bestimmte Situationen in einer Gemeinde verantwortlich gemacht](#)“, bedauert er.

Budget legt Schwerpunkt auf erschwinglichen Wohnraum

Die Wohnungsnot bleibt unterdessen die größte Herausforderung bei der Armutsbekämpfung. „Das ist ein Problem, das die Sozialämter nicht lösen können. Es gibt genügend Beispiele von Familien, die in katastrophalen Wohnverhältnissen leben, oft auf engstem Raum. Wenn wir Armut und Kinderarmut bekämpfen wollen, muss gerade im Wohnungsbau noch sehr viel passieren“, betont Ginette Jones.

Angesichts des Ausmaßes der Wohnungskrise plant die Regierung, die Sozialteams der Sozialämter zu verstärken, die an Wohnungsbauprojekten beteiligt sind. Ziel dieser Projekte ist es laut Haushaltsbericht 2025, „den Zugang der Begünstigten zu angemessenem Wohnraum zu fördern und mit ihnen eine mittel- bis langfristige

Stabilisierungsarbeit zu beginnen, deren Modalitäten in einem Projekt zur sozialen Eingliederung durch Wohnen festgelegt werden, das durch eine regelmäßige soziale Betreuung durch das Sozialamt besiegelt wird“.

„Wir müssen dafür sorgen, dass Familien nicht ewig in kleinen Studios sitzen, die noch dazu in einem desolaten Zustand sind.“

Ginette Jones

Präsidentin der Entente des Offices sociaux

Lesen Sie auch: **Was Armut mit Kindern macht**

Die Regierung will auch das Angebot an niedrighschwelligten Einrichtungen für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, ausbauen. In diesem Zusammenhang sieht der Haushaltsplan die Entwicklung einer „Housing led“-Strategie vor, die sich auf drei Bereiche konzentriert: Bestandsaufnahme bestehender Projekte, Analyse der Bedürfnisse der Zielgruppe und Entwicklung einer übergreifenden Strategie.

Lesen Sie auch: **Sozialarbeiter schlagen Alarm: Versagen im Umgang mit Armut**

Zudem soll die soziale Mietverwaltung (Gestion locative sociale, GLS) stärker unterstützt werden. Der Zuschuss für Organisationen, die diese Wohnungen verwalten, wird von 120 auf 140 Euro pro Wohnung und Monat erhöht. Ziel ist es, mehr Wohnungen in die GLS zu bekommen. „Das ist natürlich gut, aber es bleibt dabei: Wir brauchen mehr Wohnungen. Wir müssen dafür sorgen, dass Familien nicht ewig in kleinen Studios sitzen, die noch dazu in einem desolaten Zustand sind. Wir als Sozialamt bauen und renovieren keine Wohnungen“, stellt Ginette Jones klar. „De Logement ass e wightegen Deel vum Ascenceur social“, bringt sie es auf den Punkt.



„Wenn wir Armut und Kinderarmut bekämpfen wollen, muss gerade im Wohnungsbau noch sehr viel passieren“, sagt Ginette Jones, Präsidentin der Entente des Offices sociaux. Foto: Marc Wilwert

Mehr Geld für die Sozialämter: „Keine Revolution“

Dass die staatliche Beteiligung an den Betriebskosten der Sozialämter um elf Prozent steigen soll, sieht Ginette Jones als „natürliche Progression, das ist jetzt keine Revolution“. Die Bevölkerung im Land wachse und damit auch die Arbeit und die Ausgaben in den sozialen Diensten.

„Manche Sozialämter sind heute so etwas wie kleine Unternehmen. Da braucht man eine Führungsebene, aber ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen.“

Ginette Jones

Was die interne Organisation betrifft, hätte sie sich mehr Details über die zukünftige Governance der Sozialämter gewünscht. „Das wurde zwar angekündigt, aber noch nicht im Budget beziffert. In manchen Gemeinden sind die Sozialämter heute so etwas wie kleine Unternehmen. In der Stadt Luxemburg zum Beispiel arbeiten mittlerweile 40 Sozialarbeiter. Da braucht man eine Führungsebene, aber ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen.“

Lesen Sie auch: [Arm trotz Arbeit: Luxemburg erreicht neuen Höchststand](#)

Positiv bewertet die Präsidentin der Entente des Offices sociaux die Fortschritte bei der Digitalisierung und der Vereinfachung der Prozeduren. Wie Finanzminister Gilles Roth am Mittwoch ankündigte, wird ein Guichet social geschaffen: eine digitale Informationsplattform, die einen Überblick über die verfügbaren Sozialleistungen gibt. Um das [Phänomen der Nichtinanspruchnahme von Hilfen](#) in den Griff zu bekommen, werden zudem eine soziale Helpline und ein mobiles Informationsteam eingerichtet. Wer die „Allocation d'Inclusion“ bezieht, erhält künftig darüber hinaus automatisch auch die Teuerungszulage und die Energieprmie. „All das erleichtert die Arbeit der Sozialarbeiter, und es bleibt mehr Zeit, sich wirklich um die Menschen zu kümmern“, sagt Ginette Jones.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut

Rund 47 Prozent vom Staatsbudget fließen 2025 in Sozialleistungen. Das sind 14,3 Milliarden Euro. Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

- Die Teuerungszulage wird 2025 um zehn Prozent erhöht. Künftig werden Menschen diese Hilfe schon nach drei Monaten Aufenthalt in Luxemburg beziehen können. Bislang waren es zwölf Monate.
- Die gleiche Residenzdauer gilt für die Energieprmie, die zudem verdreifacht wird. Mehr Menschen werden anspruchsberechtigt sein.
- Die Steuertabelle wird am 1. Januar um weitere 2,5 Indexranchen angepasst.
- Alleinerziehende, die vom Armutsrisiko besonders betroffen sind, werden durch die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und eine Erhöhung des Steuerkredits verstärkt entlastet. Die Berechnungsformel für die Steuerklasse 1A wird angepasst. Das bedeutet „mehr Netto vom Brutto“.
- Der Mindestlohn für unqualifizierte Beschäftigte ist ab dem 1. Januar 2025 steuerfrei.
- Die Dotationen für den nationalen Solidaritätsfonds FNS steigen 2025 um 64 Millionen Euro.
- Die Strompreise werden auch nächstes Jahr gedeckelt. Der Preisanstieg soll auf 30 Prozent begrenzt werden.

- Die Ausgaben für den Spezialfonds „erschwingliches Wohnen“ steigen um 130 Millionen Euro im Vergleich zu 2024 (von 331 Millionen auf 461 Millionen Euro). Im Zeitraum 2025–2028 werden zwei Milliarden Euro in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum investiert.
- Die finanzielle Beteiligung des Familienministeriums an den Sozialämtern wird 2025 um elf Prozent steigen und bis 2028 um mehr als 21 Prozent.
- Mit dem Guichet social wird eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zu den verfügbaren Sozialleistungen geschaffen.

**Der Newsletter des
„Luxemburger Wort“**

Erhalten Sie die wichtigsten Nachrichten,
umfangreiche Einblicke und ausgewählte
Beiträge direkt in Ihr E-Mail-Postfach.

Jetzt abonnieren

[Budget 2025](#)[Armut](#)[Sozialhilfe](#)[Sozialarbeit](#)